

Extremes Klima

„Fridays for Future“ & Co: Wie radikale Linke systematisch neue Öko-Bewegungen unterwandern

Jan Martens

Selbst wer den Klima-Protesten skeptisch gegenübersteht, muß anerkennen, daß sich diese innerhalb kürzester Zeit zu einer der mächtigsten sozialen Bewegungen der Gegenwart entwickelt haben. Kein Wunder, daß unterschiedlichste Interessengruppen versuchen, aus der enormen Mobilisierungsfähigkeit der Bewegung politisches Kapital zu schlagen. Insbesondere die extreme Linke bemüht sich seit Monaten um den ideologischen Brückenschlag. Dabei geht es ihr weniger um das Klima als um ihre Gegnerschaft zum „System“ – zum demokratischen Rechtsstaat.

Weil der Kampf gegen Atomkraft beendet erscheint und mit „Anti-Gentrifizierung“ kein Blumentopf zu gewinnen ist, braucht die radikale linke Szene ein neues Rekrutierungsfeld. Dafür ist allerdings auch Überzeugungsarbeit in den eigenen Reihen nötig, denn ein Personenkult wie der um Greta Thunberg oder die hierarchischen Strukturen einiger auf diesem Gebiet tätigen Organisationen stoßen bei anarchistischen Teilen der Szene naturgemäß auf Vorbehalte. Und seit den jüngsten Holocaust-Äußerungen des Extinction-Rebellion-Gründers Roger Hallam sind diese Vorbehalte nicht unbedingt weniger geworden.

Daß von der extremen Linken weiterhin eine erhebliche Gefahr für die demokratische und marktwirtschaftliche Ordnung ausgeht, zeigten die vergangenen Monate zur Genüge. Beim Klimastreik in Stuttgart beschädigten vergangene Woche Radikale vom „antikapitalistischen Klimabündnis Kesselbambule“ eine Bankfiliale, besprühten und beklebten deren Schaufenster. Weiterhin ist der Hambacher Forst ein Schwerpunkt von politisch links motivierter Kriminalität, für die der Klimaschutz als Begründung herhalten muß. Etwa 400 Straftaten, darunter auch schwere Delikte, hat die Polizei Aachen allein in diesem Jahr am Braunkohleabbaugebiet Hambach registriert.

Die Übergänge von den etablierten Parteien ins radikale linke Spektrum sind fließend. Die 20jährige Grünen-Politikerin Ricarda Budke trat am vergangenen Wochenende als Sprecherin der laut Verfassungsschutz „linksextremistisch beeinflussten“ Organisation „Ende Gelände“ auf, die mit Blockaden und Besetzungen bis zu 5.000 Teilnehmer in der Lausitz gegen den Braunkohletagebau mobilisiert. Der von der Organisation postulierte „zivile Ungehorsam“ umfaßt in der Praxis das Begehen von Straftaten wie Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung, Nötigung und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Infolge der Aktionen am Wochenende wurden drei Polizisten verletzt. In den Medien wurden die Anhänger der Organisation, die für einen „Systemwandel“ eintreten, zumeist als „Klimaschützer“ und „Klimademonstranten“ verniedlicht. Statt dessen echauffierten sich viele Journalisten über eine kleine Gruppe

von Beamten, die ein Erinnerungsfoto vor dem Schriftzug „Stoppt Ende Gelände“ aufgenommen hatten. Gegen sie werden nun Disziplinarmaßnahmen geprüft.

Dagegen störte sich die Öffentlichkeit bisher kaum daran, daß bei den Demonstrationen der Klima-Bewegung nicht mehr nur Transparente wie „Rettet die Eisbären“, sondern auch Parolen wie „Burn Capitalism“ oder „Klimakampf heißt Klassenkampf“ gezeigt werden. Bereits seit Monaten beteiligen sich auch Gruppen wie die vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestufte Interventionistische Linke an den Klimaprotesten. Der stalinistischen Splitterpartei MLPD gelang es sogar, eine „Fridays for Future“-Ortsgruppe in Gelsenkirchen zu gründen und als solche auf der offiziellen Internetseite der Bewegung verlinkt zu werden. Bereits im September 2019 warnte die Hamburger Innenbehörde, es werde von linksextremer Seite versucht, zur „Beseitigung des kapitalistischen Systems“ die „Fridays for Future“-Bewegung zu beeinflussen. In dieses Bild paßte, daß am diesjährigen Tag der Deutschen Einheit zwei junge Sprecherinnen der Bewegung gefilmt wurden, wie sie vor einer Antifa-Flagge aus vollen Kehlen „Nie wieder Deutschland“ riefen.

Auch internationale Agitationsfelder der radikalen Linken werden neuerdings in einen Klima-Kontext gesetzt. So werden etwa die Kämpfe der Zapatistas in Mexiko oder die Proteste gegen den brasilianischen Präsidenten Jair Bolsonaro auf der deutschen Indymedia-Seite in Klimaproteste umgedeutet. Öcalan-Demonstrationen werden zwar schon seit Jahren von deutschen Linksradiakalen besucht. Neu ist jedoch, daß diese nicht nur auf eine gemeinsame „antifaschistische“ Marschrichtung abstellen, sondern Transparente zeigen wie „Panzer raus aus Kurdistan – Klimaschutz statt Rüstungswahn“.

Längst ist die Auseinandersetzung um das Klima auf einer militanten Ebene angelangt. So beriefen sich Ende September die Täter eines Brandanschlages auf Bahnleitungen in Berlin in ihrem Bekennerschreiben ausdrücklich auf die „Fridays for Future“-Bewegung, der sie sich „zugehörig“ fühlten. Es ist kein Geheimnis, daß die Mehrheit der minderjährigen Demonstranten allein aufgrund ihres Alters besonders anfällig für extremistisches Gedankengut ist. Und so besteht die Gefahr, daß es nicht bei militanten Einzelaktionen bleibt, sondern zu gewaltsam verlaufenden Großdemonstrationen kommen könnte. Die mediale Aufbereitung des Klima-Themas bereitet einer solchen Radikalisierung Vorschub.

Welche Gefahren damit einhergehen, ist offenbar niemandem bewußt. Im Weltuntergangsszenario der Klima-Bewegung geht es um nichts Geringeres als um millionenfachen Tod durch Klimafolgen, wenn nicht sogar um die Auslöschung der gesamten Menschheit. Nur sofern es gelänge, den CO₂-Ausstoß innerhalb kürzester Zeit drastisch zu reduzieren, wäre dieses Szenario noch abzuwenden. Wer diese dramatisierenden Parolen ernst nimmt, für den ist es nicht weit, seine politischen Ziele in putativer Notwehr auch mit Gewalt gegen Menschen zu verfolgen.

Neue Konkursverwalter

SPD-Vorsitz: Ideologen steuern die Partei in die Bedeutungslosigkeit

Kurt Zach

Das war's dann wohl mit der SPD. Jedenfalls mit der SPD als relevanter Größe in der deutschen Politik. Das Basis-Votum für Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken als neue Parteivorsitzende ist eine klare Ansage: Zwei radikallinke Phrasendrescher aus der dritten oder vierten Garnitur – für solche Konkursverwalter entscheidet sich eine Partei, die nicht nur nicht regieren oder in der Opposition regenerieren will, sondern nur noch im politischen Austragshaus dem Ende entgegendämmern und sich dabei noch etwas auf der warmen Ofenbank der reinen sozialistischen Lehre die müden Knochen wärmen will.

Die bisherige Bilanz der beiden Berufspolitiker ist mehr als mager. Der eine ein aus dem Ruhestand reaktivierter Ex-Landesfinanzminister, der in seiner Amtszeit vor allem durch verfassungswidrige Haushaltsentwürfe, unmäßiges Schuldenmachen und den steuerfinanzierten Ankauf von Hehlerware in Form von gestohlenen Datensätzen von Bankkunden aufgefallen war. Die andere eine sozialismusgläubige Provinzpolitikerin und Bundestags-Hinterbänklerin mit unterdurchschnittlichen Wahlergebnissen, der nicht einmal die eigenen Parteifreunde und Fraktionskollegen verantwortungsvolle Aufgaben zutrauen.

Das war kein Votum gegen abgehobene Berufspolitiker, sondern eine Entscheidung für zwei besonders erfolglose Exemplare dieser Spezies. Ob „NoWaBo“ und Saskia Wer-war-das-gleich-nochmal tatsächlich auf dem SPD-Parteitag zu Vorsitzenden gemacht werden, ist zwar noch nicht hundertprozentig ausgemacht. Immerhin haben sie faktisch nur ein Viertel der noch gut vierhunderttausend SPD-Mitglieder hinter sich; die eine Hälfte hat gar nicht erst teilgenommen.

Und auch die Methode, den satzungsgemäß gewählten Delegierten durch einen aus dem Ärmel geschüttelten Basisentscheid ein imperatives Mandat nach Sowjetart vorgeben zu wollen, ist eine mehr als fragwürdige Schlußpointe für das schier endlose Kandidatenauswahlgewürge.

Sicher ist dagegen, daß die Karriere von Bundesfinanzminister Olaf Scholz jetzt schon zu Ende ist. Nach diesem Mißtrauensvotum braucht er sich auch für kein anderes hohes Amt mehr zu bewerben.

Nicht daß Scholz als SPD-Generalsekretär, Hamburger Bürgermeister und Bundesminister Übertreffendes geleistet hätte. Aber er hat immerhin schon einmal Wahlen gewonnen und ein Land regiert und gehört damit in der Sozialdemokratie einer aussterbenden Art an. August Bebel, Friedrich Ebert, Otto Wels, Kurt Schumacher, Willy Brandt – und jetzt zwei verhärmte Verlierer von der letzten Bank als Vorsitzende der ältesten Partei Deutschlands? Die Erwähnung der Ahnenreihe ist natürlich unfair;

auch in den letzten zwei Jahrzehnten war das Führungspersonal der SPD schon eher bättschig und durchwachsen.

Schon das Gefälle von Gerhard Schröder und Franz Müntefering zu Andrea Nahles und ihren mutmaßlichen Nachfolgern illustriert das Ausmaß des Niedergangs der deutschen Sozialdemokratie. Der wahrscheinlich letzte SPD-Bundeskanzler und sein loyaler Kampfgenosse waren noch im aufstiegsorientierten Arbeitermilieu verwurzelt und wußten, daß eine sozialdemokratische Partei nur dann Mehrheiten gewinnen kann, wenn sie dieses Milieu hinter sich hat.

Die SPD der Salonmarxisten, der Gender-Ideologen und Klima-Sozialisten hat nicht nur keinen Draht mehr zu den ganz normalen Leuten, sie will ihn auch gar nicht, weil deren Ansprüche an die Politik nicht zu ihren verinnerlichten Glaubenssätzen passen. Die Ideologen haben die SPD fest im Griff. Juso-Chef Kevin Kühnert, der von Enteignungen und Staatssozialismus schwadroniert, hat es eben demonstriert: Seine Truppen haben sich offenkundig noch am stärksten parteiintern mobilisieren lassen. Der Durchmarsch der Links-intellektuellen ist am Ziel – die ehemals sozialdemokratischen Stammwählerschaften sind in Dauerlethargie oder gleich zur AfD abgewandert.

Die Sehnsucht nach neuen linken Mehrheiten wird daher nicht in Erfüllung gehen. Als sozialistische Sekte hechelt die SPD dem grün-linken Zeitgeist nur noch hinterher. Wer Enteignungen und Stalinismus gut findet, hat in der SED-PDS-Linken immer noch das Original, Ökodiktatur und Multikulti sind bei den Grünen netter verpackt, und wohlfahrtsstaatliche Bevormundung macht die Union inzwischen auch professioneller. Der ausgeplünderten Mitte der Gesellschaft zeigen sowieso alle gemeinsam die kalte Schulter.

Das Heilsversprechen „GroKo-Aus“ werden Walter-Borjans und Esken deshalb ebenfalls nicht einlösen können. Jetzt schon rudern sie zurück, weil sie genau wissen, daß die Bundestagsfraktion sich mit Klauen und Zähnen gegen Neuwahlen wehren wird, bei denen jeder zweite seine Pfründe verlieren könnte. Für einen Merkel-Sturz gibt es auch keine Mehrheit. Verläßt die SPD die Regierung, macht die Union per Minderheitsregierung einfach weiter; für grün-rote Politik braucht Merkel keine SPD-Minister.

Ohne Regierungsbeteiligung wird die SPD dann völlig bedeutungslos sein. Sollte sie künftig noch einmal mitregieren, dann höchstens als dritter oder vierter Juniorpartner. Selbst die stolzeste Tradition ist indes keine Überlebensgarantie auf Ewigkeit. Die SPD wäre nicht die erste sozialdemokratische Partei in Europa, die sich in ideologischer Abkapselung selbst abschafft. Mit dem designierten neuen Führungsduo ginge ihre quälend lange Agonie dann immerhin etwas schneller.

„Man muß die Partei ‘mitnehmen’“

Seit dem Parteitag am Wochenende hat die AfD neben Jörg Meuthen einen neuen Vorsitzenden. Wer ist der frischgebackene Bundessprecher Tino Chrupalla?

Moritz Schwarz

Herr Chrupalla, was ändert sich unter Ihrer Führung?

Tino Chrupalla: Das wird sich zeigen. Natürlich möchte ich auch neue Impulse setzen, vor allem aber gilt es, die Fortsetzung des bisherigen erfolgreichen Kurses zu garantieren.

Was soll sich dann verändern?

Chrupalla: Ich bin jetzt noch keine 24 Stunden im Amt, erst mal muß ich die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle kennenlernen. Dann werden Jörg Meuthen, mit dem ich den Parteivorsitz teile, und ich eine Lageanalyse erstellen, auf deren Basis gearbeitet werden kann. Ich sehe mich vor allem als Stimme der politisch Heimatlosen, von Mittelschicht, Mittelstand und Handwerk.

Hauptproblem der AfD ist, in den Medien meist auf die Frage ihrer politischen Ausrichtung reduziert und zu anderem kaum zu Wort zu kommen. Wenn Sie mit anderen Themen durchdringen wollen, müssen Sie erst mal eine Strategie dagegen finden. Wie soll die aussehen?

Chrupalla: Daran müssen wir weiter arbeiten. Es wird uns häufig gesagt, wir reagierten bei unfairen Angriffen viel zu defensiv. Es stimmt aber nicht, daß unsere Sachthemen nicht wahrgenommen werden. Die FDP zum Beispiel steht ziemlich unter Druck, weil wir zum Teil ihre Themen besetzen, wie Mittelstand und Handwerk. Unsere Sacharbeit wirkt eher unterschwellig, aber sie wirkt. Das möchte ich hier deutlich festhalten.

Besserung versprochen hinsichtlich der Problematik hat bereits Ihr Vorgänger. Nur passiert ist nichts.

Chrupalla: Richtig ist, daß sich die Medienschelte nicht verringert hat. Die beruht häufig auf einer feindseligen Grundhaltung, auf die wir leider keinen Einfluß haben. Ich finde schon, daß wir in vielen Bereichen professioneller geworden sind, das hat auch der Bundesparteitag gezeigt.

Ex-Parteichef Gauland hat mitunter angedeutet, daß die AfD – changierend zwischen vorbildlicher Basisdemokratie und politischem Starrsinn – im Grunde nicht zu führen sei, Stichwort „gäriger Haufen“. Wie also wollen Sie das fertigbringen?

Chrupalla: Natürlich kann man die Partei führen, aber man muß sie dabei mitnehmen – was Herr Gauland ja auch verstanden hat. Kontakt zur Basis gehört bei uns natürlich dazu, ja ist geradezu Teil des Bürgerlichen, das die AfD ausmacht und etwas, was wir den anderen demokratisch voraushaben. Doch stimmt, daß das konstruktiv gestaltet werden muß. Daß uns das gelingen kann, zeigt sich unter anderem daran, daß viele Journalisten den Parteitag vom Wochenende in Braunschweig fast wie einen der anderen Parteien beurteilten.

Was meinen Sie damit?

Chrupalla: Bisher hatten wir damit zu ringen, daß auf Parteitagen die Basisdemokratie aus dem Ruder lief. Dieser Parteitag verlief geordnet, und wir haben trotzdem lebendig diskutiert.

Mancher kritisiert, daß mit Ihnen der Wunschkandidat des bisherigen Parteichefs gewählt worden ist. Das sei typisch für die „Altparteien“ und ihr Eliten-Geklüngel.

Chrupalla: Ich kann die Bedenken verstehen, doch wenn die AfD langfristig erfolgreich sein will, muß sie sich professionalisieren, wozu Kontinuität und Berechenbarkeit gehören. Und die – auch in Form einer Stabübergabe – zählt zu den Aufgaben einer Parteiführung. Aber wissen Sie, was ich witzig finde? Eben noch kritisieren Sie zu wenig Führung – und nun ist es Ihnen zu viel.

So ist das mit den Journalisten.

Chrupalla: Es ist ja auch Ihr Recht zu fragen, was Sie wollen, ich wollte nur darauf hinweisen. Übrigens bin ich ja nicht von Herrn Gauland ernannt, sondern vom Parteitag gewählt worden, und also demokratisch legitimiert. Und ich habe offenbar überzeugt, sonst hätte ein anderer gewonnen.

Hat mit Ihrem Sieg über Gottfried Curio mit 55 zu 41 Prozent der „Flügel“ eine Schlappe erlitten, wie die Medien meinen?

Chrupalla: Nein, zum einen haben wir beide Stimmen des Flügels erhalten. Zum anderen trifft nicht zu, daß Dr. Curio und ich für unterschiedliche „Linien“ gestanden hätten. Es war eine Entscheidung zwischen Personen, nicht zwischen Richtungen. Im übrigen schätze ich ihn als brillanten Redner im Bundestag und hervorragenden Politiker im Innenausschuß. Und natürlich möchte ich auch seine Wähler nun von meiner Arbeit als Bundessprecher überzeugen.

Laut Medien sind Sie andererseits quasi „mit Gnade“ des Flügels gewählt worden.

Chrupalla: Auch das ist Unsinn, der Flügel ist eine Strömung in der Partei, aber nicht die heimliche Macht.

Also was ist dran am erneuten AfD-„Rechtsruck“, den die Medien feststellen?

Chrupalla: Nichts, das wird uns auf jedem Parteitag attestiert. Der beste Beweis ist meine Wahl. Denn, wenn auch zu Unrecht, so galt den Medien doch Herr Curio als Kandidat der „Rechten“.

Allerdings wird argumentiert, daß alle namhaften Kandidaten, die als „bürgerlich“ gelten, bei der Wahl zum Bundesvorstand gescheitert sind.

Chrupalla: Das ist nicht ganz richtig. Es wurden ja dafür andere Kandidaten gewählt, die auch nicht dem Flügel zugerechnet werden, zum Beispiel Alice Weidel, Beatrix von Storch, Jochen Haug, Sylvia Limmer, Klaus Fohrmann, oder Joachim Kuhs.

Der Ex-Landeschef in Rheinland-Pfalz, Uwe Junge, und der Bundestagsabgeordnete Kay Gottschalk haben ihr Scheitern bei der Wahl des neuen Bundesvorstands allerdings als Sieg des Flügels erklärt.

Chrupalla: Erinnern Sie sich an einige Aussagen Herrn Gottschalks, etwa der Flügel schaffe eine „Schneise der Verwüstung“ in der Partei? Er spielte seine Kritik über die Medien, trug sie also nach außen. Es waren Verhaltensweisen wie diese, die man ihm übelnahm, nicht seine bürgerliche Ausrichtung.

Als Sachse gelten Sie den Medien als Vertreter des „Ostens“, sehen Sie sich auch so?

Chrupalla: Ja, sicher.

Sie betonen allerdings gerne, daß Sie Schlesier sind. Sind Sie also gar kein Sachse?

Chrupalla: Doch auch, aber für uns sächsische Schlesier ist es wichtig, das klarzustellen, da das kleine Stückchen Niederschlesien, das Deutschland noch geblieben ist, sonst hinter dem großen Sachsen zu „verschwinden“ droht.

Also vertreten Sie nicht den Westen?

Chrupalla: Meuthen und ich vertreten die ganze Partei. Aber natürlich möchte ich auch die Gefühlslage und Stimme des Ostens verstärkt in die Partei tragen.

Je stärker Mitteldeutschland in der Partei vertreten sei, so die Medien, desto radikaler werde diese. Stimmt das?

Chrupalla: Sicher ist die Tonalität dort eine andere als im Westen, klar, weil man dort eine andere historische Erfahrung gemacht hat. Aber daß diese extrem sei, trifft nicht zu. Selbst Herr Höcke in Thüringen hat keinen extremen Wahlkampf gemacht. Hätten wir das getan, dann, das garantiere ich Ihnen, hätten wir nicht die guten Ergebnisse bekommen, die wir bei den drei Landtagswahlen dort erzielt haben. Die Menschen in Mitteldeutschland als radikaler darzustellen ist auch deshalb absurd, weil gerade sie wegen der Diktaturerfahrung eher sensibel gegenüber Bevormundung sind.

Etliche der „AfD-Skandale“ entbehren zwar jeder Grundlage und wurden von den Medien herbeigeschrieben. Aber es gibt auch immer wieder tatsächliche Entgleisungen oder Torheiten, etwa „Kopftuchmädchen und andere Taugenichtse“, „Denkmal der Schande“ oder „Vogelschiß“. Was werden Sie konkret unternehmen, um endlich das eigene Führungspersonal zu disziplinieren?

Chrupalla: Zunächst habe ich als gutes Beispiel voranzugehen und zu zeigen, daß man sehr wohl inhaltlich scharf und treffend politische Kritik üben kann, ohne sprachlich zu entgleisen. Auch müssen wir lernen, sowohl Mitglieder wie Amts- und Mandatsträger, uns nicht provozieren zu lassen – weder von außer- noch von innerparteilichen Provokateuren. Zudem will ich deutlich machen, daß alles andere unserer Sache auch nicht dienlich ist – sondern im Gegenteil nur unseren Gegnern in die Hände spielt! Und wer sich nicht daran hält, dem müssen die anderen in der Partei die Grenzen aufzeigen.

Dazu kam es auf dem Parteitag, etwa als der des Antisemitismus bezichtigte Stuttgarter Landtagsabgeordnete Wolfgang Gedeon für den Parteivorsitz kandidierte und ein großer Teil der Delegierten sich abwandte. Das Ausschlußverfahren gegen ihn zieht sich schon „ewig“ hin. Sehen Sie hier Handlungsbedarf für sich als neuen Vorsitzenden?

Chrupalla: Ich muß zunächst sagen, daß Herr Gedeon, solange er nicht ausgeschlossen ist, natürlich das Recht hat, auf dem Parteitag zu reden und zu kandidieren. Es wäre nicht in Ordnung, ihm das abzusprechen. Anders sieht es dann aus, wenn das Schiedsgericht seinen Ausschluß begründet feststellt – was aber bis jetzt nicht der Fall ist. Davon unabhängig meine ich aber, daß das Signal des Parteitags an seine Person in die richtige Richtung weist.

Am vergangenen Freitag haben zwei weitere Landtagsabgeordnete die Stuttgarter Fraktion verlassen. Nun könnte sich unter Umständen eine Mehrheit für eine Wiederaufnahme des 2016 aus dieser ausgetretenen Gedeon ergeben. Können Sie nachvollziehen, wenn AfD-Kritiker mangelnden Ernst im Umgang mit dem Fall vermuten?

Chrupalla: Die Austritte erfolgten unmittelbar vor Beginn des Parteitages. Noch konnte ich mich daher nicht mit der neuen Lage beschäftigen. Und leider muß man sagen, daß mit dieser Fraktion vieles im argen liegt. Übrigens, weil wir gerade über die Behauptung sprachen, der Radikalismus käme aus den mitteldeutschen Landesverbänden – dort haben wir in keinem Landesverband so ein Problem. Dies aber nicht, um mit dem Finger auf die Parteifreunde im Südwesten zu zeigen, sondern nur um deutlich zu machen, wie schief diese Zuschreibungen sind.

Andererseits, besteht nicht die Gefahr, daß sich im Zuge eines Kampfes gegen Mißstände in der Partei eine Political Correctness etablieren könnte? Was wollen Sie tun, um zu verhindern, nicht den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben?

Chrupalla: Nein, ich sehe nicht, daß das passieren könnte. Denn Entgleisungen zu unterlassen oder zu sanktionieren bedeutet ja nicht, andererseits jedes Wort auf die Goldwaage zu legen.

Was ist etwa mit der Identitären Bewegung? Dabei geht es nicht um die Frage der Unvereinbarkeit – davon also unabhängig: Würde es nicht zum notwendigen Benennen von Mißständen gehören – etwa im Bundestag –, zu thematisieren, wie diese friedfertige und grundgesetzkonforme Oppositionsgruppe im Grunde rechtsstaatswidrig kriminalisiert wird?

Chrupalla: Ich muß einräumen, daß ich mit dem Fall zu wenig vertraut bin. So ist mir etwa nicht bekannt, welche Personen sich tatsächlich hinter der IB verbergen. Solange wir aber die Strukturen der Gruppe nicht genau kennen, können wir uns nicht für sie einsetzen, weil wir sonst zu Recht in Mithaftung genommen werden können.

Die Person, die in der Partei am meisten polarisiert, ist Björn Höcke. Wie stehen Sie zu ihm?

Chrupalla: Ich muß sagen, daß meine persönlichen Kontakte mit ihm stets von Fairneß und Vernunft geprägt waren – wir haben sowohl Einvernehmlichkeiten als auch Kritik aneinander ausgetauscht. Ich will damit sagen, daß wir uns gegenseitig klar und deutlich die Meinung sagen, im Guten wie im Schlechten. Deshalb betrachte ich mein Verhältnis zu ihm als kollegial. Daß er generell parteischädigend handelt, wie ihm vorgeworfen wurde, sehe ich nicht so.

Nun erheben die Medien auch Ihnen gegenüber Vorwürfe: Auf einer AfD-Wahlveranstaltung vor zwei Jahren haben Sie das Wort „Umvolkung“ aus dem Publikum aufgegriffen und benutzt.

Chrupalla: Ich mußte mich erst mal an den Abend erinnern, wer weiß schon, was er vor zwei Jahren gesagt hat. Ich habe daraufhin mit einem mir bekannten Herrn, der die NS-Zeit noch erlebt hat, telefoniert und ihn nach dem Begriff gefragt. Er sagte mir, ihm sei er aus dieser Zeit unbekannt. Aber wie auch immer, falls es doch ein NS-Begriff sein sollte, was ich nicht weiß, dann kann ich nur sagen, daß wir ja gerade das, was die Nationalsozialisten mit dem Begriff bezeichnen haben, ablehnen! Wenn wir also das Wort gebrauchen, dann gerade nicht, wie die damaligen Machthaber, um es uns positiv zu eigen zu machen. Sondern um unseren unbedingten Widerstand gegen so etwas deutlich zu machen! Fakt ist, daß die Bundesregierung im Rahmen eines EU-Programms gezielt ausländische Bevölkerung nach Deutschland umsiedelt – sie nennt das eben „Resettlement“. Letztlich geht es aber nicht um die Bezeichnung, sondern um das, was da passiert. Und deshalb ist es besser, wir verzichten auf einen Begriff und diskutieren dafür über das Problem, als über den Begriff und dafür nicht über das Problem.

Sie sind Kreisvorsitzender, direktgewählter Bundestagsabgeordneter, Vize-Fraktionsvorsitzender und nun auch noch Parteichef. Ist das nicht zuviel?

Chrupalla: Ich bin es als Selbständiger zum Glück gewöhnt, sehr viel zu arbeiten – ich fühle mich dem gewachsen.

Braucht die AfD nicht einen Generalsekretär, wie andere Parteien auch?

Chrupalla: Diese Debatte gab es schon unter Bernd Lucke und Frauke Petry. Damals gab es in der Partei dafür keine Mehrheit, und das scheint sich nicht geändert zu haben.

Wie wollen Sie und Jörg Meuthen, der noch Abgeordneter in Brüssel ist, die Partei effektiv führen und ausbauen, wenn das für Sie nur eine Aufgabe unter vielen ist?

Chrupalla: Sie ist nicht eine von vielen, sondern die wichtigste überhaupt! Ich denke, das sieht auch Herr Meuthen so. Einige Aufgaben, etwa den Kreisvorsitz und die kommissarische Leitung des Arbeitskreises Wirtschaft und Energie im Bundestag, werde ich abgeben.

Als Malermeister stehen Sie nun einer ehemaligen „Professoren-Partei“ vor. Erleben Sie Hämme deswegen?

Chrupalla: Ich habe in der Bundestagsfraktion bewiesen, daß man sich auch ohne akademischen Grad sinnvoll einbringen kann, wenn man über andere nützliche Qualitäten verfügt, die einem beim Studium gar nicht beigebracht oder gar abtrainiert werden. Also, ich nehme das ganz gelassen, wenn mal so was kommt. Zudem finde ich es eher von Vorteil, daß wir nicht alle Akademiker sind. Denn ich weiß, daß die Bürger nicht nur von solchen repräsentiert werden wollen. Ich sagte schon, wie sehr mir der Mittelstand, das Handwerk und die Selbständigen am Herzen liegen. Warum? Weil ich nämlich ihre Lage, ihre Sorgen, Nöte und Probleme aus dem eigenen Erleben kenne.

Betont haben Sie, sich mehr für Frauen einsetzen zu wollen. Wie soll das aussehen?

Chrupalla: Ich bekomme von Frauen immer wieder zu hören, daß die Tonalität der AfD abschreckend wirkt. Das sollten wir ernst nehmen! Außerdem glauben wir, daß ein übersteigerter Feminismus nicht im Interesse der Frauen ist. Ich erlebe vielmehr, wie wichtig ihnen Sicherheit und eine lebenswerte Zukunft für ihre Kinder sind. Da wollen wir ansetzen, denn ohne die Frauen hat die AfD keine Zukunft.

Tino Chrupalla, der Bundestagsabgeordnete ist einer von zwei Bundessprechern, wie die AfD ihre Parteivorsitzenden nennt. Der Familienvater und Inhaber eines Malerbetriebs mit sieben Mitarbeitern wurde 1975 in Weißwasser in der Oberlausitz geboren. www.tinochrupalla.de

Die Abschaltung bezahlt nicht Greenpeace

Energiepolitik: Der „Kohlekompromiß“ kostet nicht nur Milliarden, er gefährdet auch die Versorgungssicherheit

Marc Schmidt

Im Januar feierte die Bundesregierung den 336seitigen Kommissionsbericht zum „Kohlekompromiß“ als Durchbruch (JF 6/19): Bis 2022 sollen demnach nicht nur alle deutschen Atomkraftwerke komplett vom Netz, sondern zusätzlich Braunkohlekraftwerke mit einer Kapazität von drei Gigawatt (GW) sowie Steinkohlekraftwerke mit vier GW von insgesamt 45 GW Kohlekapazität stillgelegt werden. Bis 2030 sollen weitere sechs GW Braunkohle und sieben GW Steinkohle vom Netz. Das letzte der derzeit etwa hundert Kohlekraftwerke soll möglichst 2035, aber spätestens 2038 abgeschaltet werden.

„Den Kohleausstieg massiv beschleunigen“?

Damit wäre nach der Schließung der letzten Steinkohlezeche (Prosper-Haniel in Bottrop) im Dezember 2018 auch das Ende des Braunkohlentagebaus im Rheinland und in Mitteldeutschland besiegelt. Grüne, Linke und „Fridays for Future“ wollen schon 2030 dem „Klima-Killer“ Kohlekraft den Garaus machen. Auch CSU-Chef Markus Söder sieht das so, denn die „Klimaziele“ seien „nur zu erreichen, wenn wir den Kohleausstieg massiv beschleunigen“, erklärte der bayerische Ministerpräsident im Münchner Merkur. „Am Ende müßten wir eigentlich im Jahr 2030 aussteigen.“

Da sich nur die AfD für die Kohle einsetzt, gibt es keine Mehrheit, um zu verhindern, daß Deutschland perspektivisch zum lukrativen Absatzmarkt für französisch-tschechischen Atom-, polnisch-slowakischen Kohle- oder indirekt für russisch-amerikanischen Erdgasstrom wird. Hinzu kommen die versprochenen Strukturhilfen für die Kohleländer NRW, Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Zusammen mit der Abfederung des Energie- und Fernwärmepreisanstieges sowie den Entschädigungen für Kraftwerkseigner belaufen sich die offiziellen Ausstiegskosten auf mindestens 100 Milliarden Euro – ohne Einrechnung der Effekte für die Steuer- und Sozialversicherungskassen sowie die Netzinfrastrukturen.

Die Höhe der Entschädigungen ist umstritten. Während RWE, Uniper, Leag & Co. insgesamt mehr als 25 Milliarden Euro fordern, hat die Bundesregierung bisher für 2020 lediglich eine Milliarde Euro vorgesehen. Auch bei den Berechnungsgrundlagen zeichnet sich kein Kompromiß ab. Das Bundeswirtschaftsministerium bietet im Bereich Braunkohle pro Gigawatt Erzeugungskapazität, die vom Netz geht, etwa 600 Millionen Euro Entschädigung aus Steuermitteln an. RWE fordert bislang bis zu 1,5 Milliarden Euro. Ein Verhandlungsergebnis sollte dem „Kohlekompromiß“ zufolge bis Mitte 2020 erzielt werden. Auch dieses Ziel scheint unrealistisch, selbst wenn die ersten Gesetze ohne Regelungen zu diesen zentralen Fragestellungen beschlossen werden.

Ungeklärt ist zur Zeit auch noch die föderalistische Verteilung der Folgekosten. Hier droht ein CDU-interner Machtkampf zwischen Angela Merkel als Verfechterin der Kommissionsergebnisse und einem ihrer potentiellen Nachfolger, NRW-Ministerpräsident Armin Laschet. Bereits 2020 werden in der Region Köln-Aachen bis zu 3.000 Arbeitsplätze wegfallen, für die NRW mehr Bundesmittel fordert. Zudem will Laschet das neue Steinkohlekraftwerk in Datteln (1,1 GW Kapazität, JF 48/19) in Betrieb nehmen, auch um hier weitere Schadensersatzansprüche zu vermeiden. Keine Sorgen um Details machen sich die zeitgeistigen Klimapaniker. So stürmten am Wochenende Berufs- und Freizeitaktivisten von Greenpeace, Extinction Rebellion (XR), Antifa & Co. zwei Tagebaue der Lausitzer Leag – unter dem Protest regionaler Gegendemonstranten.

Mit den Besetzungen gingen Blockaden der Schienenverbindung zwischen dem Tagebau und dem Kraftwerk Jänschwalde einher, welches nur noch mit den Notfallreserven auf dem Gelände am Laufen gehalten werden konnte. Die Blockaden wurden wenige Stunden vor dem Zusammenbruch der Fernwärmeversorgung für Cottbus und Peitz durch Notabschaltung des Kraftwerks aufgelöst, das Kraftwerk selbst wurde durch ein massives Polizeiaufgebot vor einer möglichen Erstürmung geschützt.

„Görlitzer Erklärung“ der betroffenen EU-Regionen

Keine hundert Kilometer vom Tatort entfernt hatten wenige Tage zuvor Vertreter von 14 europäischen Kohleregionen aus Polen, Spanien, Deutschland sowie der Slowakei und Tschechei in Görlitz eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet. Und die 260 Teilnehmer des dritten Treffens der 2017 gegründeten EU-Kohleplattform geizten nicht mit Kritik. So verlaufe die bisherige Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in den betroffenen Regionen teilweise zu schnell und unkoordiniert. Durch das Fehlen eines verlässlichen Ausstiegspfad würden die Interessen der Betroffenen vernachlässigt, was zu fehlender gesellschaftlicher Akzeptanz führe.

Die Unterzeichner verlangen weitreichende wirtschaftliche Kompensationen für die Regionen sowie einen Einsatz von „Clean-Coal-Technologien“, bei denen die energetische Nutzung von Kohle ohne CO₂-Emissionen möglich sein soll. Die Erwartungsliste liest sich in Teilen wie eine unbeabsichtigte Abrechnung mit den Entwürfen der Ausstiegsszenarien des Kohlekompromisses. Dessen als verbesserungsbedürftig empfundene Maßnahmen thematisieren auch die Beihilfeverbote der EU, welche die Unterzeichner in den Kohleregionen gern deutlich gelockert wissen wollen. Diese Lockerung sollte auch für die Fördermittel für Strukturwandel gelten. Neben der Ansiedlung neuer Forschungseinrichtungen sollten auch neue Verwendungsmöglichkeiten (Biodünger aus Lausitzer Braunkohle?) oder die erleichterte Neuansiedlung von Großunternehmen unterstützt werden.

Trotz des fiskalisch-bürokratischen Tonfalls ist die „Görlitzer Erklärung“ politisch brisant, weil eine Verlangsamung des Kohleausstiegs nicht zur Programmatik der EU-

Kommission unter Ursula von der Leyen (CDU) paßt. Für die Umsetzung der Forderungen wäre zudem an einigen Punkten die Zustimmung des EU-Parlaments notwendig.

Doch das hat sich mit der Ausrufung des „Klimanotstands“ klar positioniert: Eine Verlangsamung des Kohleausstiegs oder die Forschung zur weiteren Kohlenutzung dürfte dort keine Mehrheit haben. Die Zukunft der Kohleregionen wird daher wohl vom Steuerzahler, den Stromkunden und den Sozialversicherungen finanziert – wenn nicht nach mehreren Blackouts ein Umdenken einsetzt. Denn Wind und Sonne schicken zwar keine Rechnung, können aber allenfalls nur im Jahresdurchschnitt Kohle- und Atomstrom ersetzen. Bei Dunkelflauten droht spätestens ab 2030 ein echter deutscher „Stromnotstand“ – selbst dann, wenn es bis dahin noch nicht zehn Millionen energiehungrige E-Autos auf deutschen Straßen gibt.

Stromerzeugung und Kraftwerksbestand:

umweltbundesamt.de/

www.smard.de

„Görlitzer Erklärung“ der EU-Kohleregionen:

www.medianservice.sachsen.de